

Niederschrift

zur 28. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses
(Sitzung Nr. 4/2019)
am Donnerstag, 06.06.2019,
um 19:30 Uhr im Raum Tramin (Zi.Nr. 300), Rathaus Urberach

Anwesend sind:

Herr Roland Kern
Herr Jörg Rotter
Frau Anna-Monika Gierszewski
Herr Hans-Peter Hente
Herr Werner Popp
Herr Manfred Rädlein
Frau Mona Reusch
Herr Michael Uhe-Wilhelm
Herr Tobias Kruger
Herr Reimund Butz
Herr Michael Gensert
Herr Stefan Gerl
Herr Hidir Karademir
Frau Christiane Lotz
Herr Peter Schröder
Herr Michael Spieß
Herr Hans Sulzmann
Herr Sven Sulzmann
Frau Brigitte Beldermann
Herr Gerd Gries
Herr Herbert Schneider
Herr Dr. Rüdiger Werner
Frau Yeliz Basar
Herr Bernd Koop
Frau Silvia Hechler

Vertr. f. Hr. Weiland

Es fehlen:

Herr Hans Gensert

.

Frau Karin von der Lühe

.

Herr Jochen Weiland

-E-

Herr Jochen Zeller

-E-

Herr Samuel Diekmann

-E-

Herr Till Andrießen

-E-

Herr Arne Breustedt

-E-

Zuhörer:

-

Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Bericht der Wirtschaftsförderung
- TOP 3 Bericht zum 1. Quartal 2019
Vorlage: VO/0128/19
- TOP 4 Änderungen der "Satzung über die Betreuung von Kindern in den Kinderhorten und der Schulkinderbetreuung der Stadt Rödermark" sowie der "Kostenbeitragssatzung zur Satzung über die Betreuung von Kindern in den Kinderhorten und der Schulkinderbetreuung der Stadt Rödermark"
Vorlage: VO/0130/19
- TOP 5 Änderungen der "Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Rödermark" sowie der "Kostenbeitragssatzung zur Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen der Stadt Rödermark"
Vorlage: VO/0131/19
- TOP 6 Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung einer Buslinie Richtung Dieburg/Odenwald
Vorlage: SPD/0049/19
- TOP 6.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Einrichtung einer Buslinie Richtung Dieburg/Odenwald
Vorlage: FDP/0049_1/19
- TOP 7 Antrag der SPD-Fraktion: Ökologische Grundsätze für die Ausweisung von neuen Baugebieten in Rödermark
Vorlage: SPD/0133/19
- TOP 8 Antrag der SPD-Fraktion: Beteiligung von Bürgerinitiativen und vergleichbaren Gruppierungen an Beschlüssen der Stavo
Vorlage: SPD/0134/19
- TOP 9 Antrag der FDP-Fraktion: NEUFASSUNG: Räumliche Definition der "Grünen Mitte" (vormals Vorlage Nr. FDP/0177/17)
Vorlage: FDP/0135/19
- TOP 10 Antrag der FDP-Fraktion: Resolution: "Verweigerung des Sozialministeriums für einen verbesserten Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner/-innen von Feuerwehrleuten bei tödlichen Unfallereignissen"
Vorlage: FDP/0136/19
- TOP 11 Einschlägige Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
- TOP 12 Mitteilungen und Anfragen

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Tobias Kruger, begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung ergeben sich keine Einwände.

zu 2 Bericht der Wirtschaftsförderung

Da Herr Andrießen nicht an der Ausschussberatung teilnehmen kann, verliest Herr Bürgermeister Kern den Bericht der Wirtschaftsförderung:

Zuvor informiert Herr Kern das Gremium über den Unfalltod des Geschäftsführers der Videor GmbH.

Herr Bürgermeister Kern berichtet über das Unternehmerfrühstück bei der Zeppelin Systems GmbH.

zu 3 Bericht zum 1. Quartal 2019 Vorlage: VO/0128/19

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss nimmt den Bericht zum 1. Quartal 2019 zur Kenntnis.

Die Tagesordnungspunkte 4 und 5 werden gemeinsam aufgerufen.

zu 4 Änderungen der "Satzung über die Betreuung von Kindern in den Kinderhorten und der Schulkinderbetreuung der Stadt Rödermark" sowie der "Kostenbeitragssatzung zur Satzung über die Betreuung von Kindern in den Kinderhorten und der Schulkinderbetreuung der Stadt Rödermark" Vorlage: VO/0130/19

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark beschließt die

- „Satzung zur Änderung der Satzung über die Betreuung von Kindern in den Kinderhorten und der Schulkinderbetreuung der Stadt Rödermark – 2. Änderung" und
- „Satzung zur Änderung der Kostenbeitragssatzung zur Satzung über die Betreuung von Kindern in den Kinderhorten und der Schulkinderbetreuung der Stadt Rödermark – 2. Änderung"

gemäß den beigefügten Satzungsentwürfen.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, bei zwei Enthaltungen der Fraktion der Freien Wähler, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Die Beratung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung soll, wie im Ältestenrat vereinbart, ohne Aussprache erfolgen.

zu 5 Änderungen der "Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Rödermark" sowie der "Kostenbeitragsatzung zur Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen der Stadt Rödermark"

Vorlage: VO/0131/19

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark beschließt die

- „Satzung zur Änderung der Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Rödermark – 1. Änderung" und
- „Satzung zur Änderung der Kostenbeitragsatzung zur Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen der Stadt Rödermark – 1. Änderung"

gemäß den beigefügten Satzungsentwürfen.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Die Beratung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung soll, wie im Ältestenrat vereinbart, ohne Aussprache erfolgen.

Die Tagesordnungspunkte 6 und 6.1 werden gemeinsam aufgerufen.

zu 6 Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung einer Buslinie Richtung Dieburg/Odenwald

Vorlage: SPD/0049/19

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark spricht sich für die Einrichtung einer Schnellbuslinie Ober-Roden nach Dieburg /Groß-Umstadt aus.

Der Magistrat wird beauftragt mit allen beteiligten Kommunen und den Kreisverkehrsgesellschaften Gespräche zu führen, um schnellstmöglich diese Buslinie einzurichten.

Seitens der Koalition wird gegebenenfalls ein Änderungsantrag gestellt.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss spricht keine Beschlussempfehlung aus.

zu 6.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Einrichtung einer Buslinie Richtung Dieburg/Odenwald
Vorlage: FDP/0049_1/19

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark spricht sich grundsätzlich für die Einrichtung einer Schnellbuslinie vom Bahnhof Ober-Roden nach Dieburg/Groß-Umstadt aus.

2) Der Magistrat wird beauftragt, diesbezüglich mit allen beteiligten Kommunen, den Kreisverkehrsgesellschaften sowie den beteiligten Kreisen Gespräche mit dem Ziel der Erörterung und Klärung der nachstehend genannten Fragen zu führen:

- a. Welche Beschlüsse müssten von wem für die Realisierung einer Schnellbuslinie vom Bahnhof Ober-Roden nach Dieburg gefasst werden?
- b. Welche mögliche Streckenführung und Taktung (zur Anbindung an die S1) böte sich für eine solche Schnellbuslinie an?
- c. Mit welchen Kosten insgesamt und mit welchem realistischen Verteilschlüssel müsste für die Einrichtung einer solchen Schnellbuslinie gerechnet werden?
- d. Wird (ob und inwieweit) seitens der weiteren Beteiligten ein bzw. der Bedarf für die Einrichtung einer solchen Schnellbuslinie gesehen?
- e. Welcher Realisierungszeitraum zur Einrichtung einer solchen Schnellbuslinie wäre realistisch?

3) Der Magistrat wird beauftragt, über die Ergebnisse der geführten Gespräche und die vorstehend genannten Fragenkomplexe im zuständigen Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie zu berichten.

Die antragstellende Fraktion kündigt an, den Antrag zu überdenken und gegebenenfalls Änderungen einfließen zu lassen.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss spricht keine Beschlussempfehlung aus.

zu 7 Antrag der SPD-Fraktion: Ökologische Grundsätze für die Ausweisung von neuen Baugebieten in Rödermark
Vorlage: SPD/0133/19

Beschlussvorschlag:

Bei der Erarbeitung von Vorschlägen für die Ausweisung neuer Baugebiete in Rödermark soll der Magistrat folgende **Grundsätze** beachten:

1. Die Gebiete sollten vollständig durch den ÖPNV erschlossen sein, am besten im Umkreis von Bahnhöfen.
2. Die Baugebiete sollten vorrangig für Fußgänger und Radfahrer erschlossen sein.
3. Für den PKW-Verkehr sollten Abstellflächen in Form von Parkhäusern oder Parkdecks nur am Rande der Baugebiete ausgewiesen werden. Damit könnten Stellplätze und Garagen im Kerngebiet vollständig vermieden werden.
4. Schon in der Bauleitplanung sind Festsetzungen für eine CO₂-neutrale Wärmebereitstellung vorzusehen. Notwendige Flächen sind auszuweisen.
5. Der Ausgleich für den Eingriff in Natur und Landschaft sollte im Baugebiet erfolgen.
6. Die Baugebiete sollten direkt an überörtliche Straßen angeschlossen werden können, um innerörtlichen Verkehr zu vermeiden.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich, bei Zustimmung der SPD-Fraktion, den Beschlussvorschlag abzulehnen.

zu 8

Antrag der SPD-Fraktion: Beteiligung von Bürgerinitiativen und vergleichbaren Gruppierungen an Beschlüssen der Stavo Vorlage: SPD/0134/19

Beschlussvorschlag:

Alle Gruppierungen von Einwohnern, die mit einem Sprecher/ einer Sprecherin Gespräche mit Organen der Stadt zu konkreten Fragen von städtischen Entwicklungen geführt haben, werden über den fortlaufenden Prozess informiert.

Sie erhalten rechtzeitig im Vorfeld Hinweise auf Tagesordnungspunkte in den öffentlich tagenden Gremien der Stadt, die Gegenstand ihrer Gespräche mit den Vertretern der Stadt waren.

Ein Rederecht oder ein Einbezug in die Beratungen der Gremien ergibt sich daraus nicht.

Nach reger Diskussion teilt die antragstellende Fraktion mit, dass eine erneute Beratung in der Fraktion erforderlich ist, bei der geklärt werden soll, ob der Antrag in dieser Form bestehen bleibt.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss spricht keine Beschlussempfehlung aus.

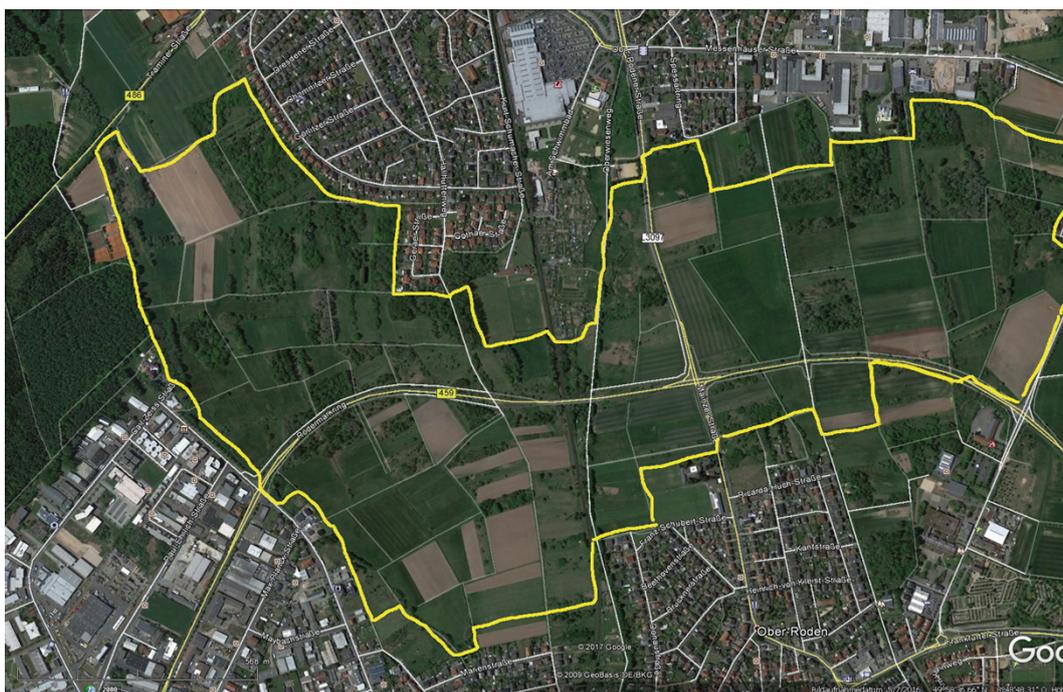
zu 9

**Antrag der FDP-Fraktion: NEUFASSUNG: Räumliche Definition der "Grünen Mitte" (vormals Vorlage Nr. FDP/0177/17)
Vorlage: FDP/0135/19**

Beschlussvorschlag:

Der Begriff „Grüne Mitte“ wird ab sofort folgendermaßen politisch und faktisch definiert: „Der Begriff „Grüne Mitte“ beschreibt das Gebiet zwischen den beiden großen Stadtteilen Rödermarks, das langfristig von Wohn- und Gewerbebebauung freigehalten werden soll. Die Grüne Mitte dient als Naherholungsraum sowie für den aktiven Naturschutz. Freizeitaktivitäten sollen in der Grünen Mitte weiterhin möglich sein. Dies schließt den Bau neuer Freizeit- und Erholungsanlagen prinzipiell mit ein. Die Grüne Mitte beschreibt einen Raum, in dem Naturschutz, Landwirtschaft, Naherholung und Freizeitaktivitäten gleichberechtigt nebeneinander und miteinander existieren sollen.“

Die intendierte räumliche Umfassung der „Grünen Mitte“ gemäß diesem Antrag ist der nachstehenden Kartenskizze zu entnehmen.



Nach reger Diskussion wird festgestellt, dass in den Fraktionen noch Beratungsbedarf besteht.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss spricht keine Beschlussempfehlung aus.

zu 10 Antrag der FDP-Fraktion: Resolution: "Verweigerung des Sozialministeriums für einen verbesserten Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner/-innen von Feuerwehrleuten bei tödlichen Unfallereignissen"
Vorlage: FDP/0136/19

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark unterstützt das Anliegen des Landesfeuerwehrverbandes Hessen, schließt sich daher dessen Resolution an und unterstützt ausdrücklich die nachstehenden Forderungen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Rechtsanspruch auf eine Entschädigungszahlung für Lebenspartner/-innen von bei Einsätzen zu Tode gekommenen unverheirateten Feuerwehrleuten in angemessener Höhe zu schaffen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Anpassung in Form der Indexierung von Zahlungen für Schwerstverletzte und für Lebenspartner/-innen von im Einsatz tödlich verunglückten freiwilligen Feuerwehrleuten zu schaffen. Auch auf diese Leistung soll ein Rechtsanspruch bestehen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, alle in der Mehrleistungssatzung der Unfallkasse beschriebenen Leistungen direkt zu übernehmen und dies verwaltungstechnisch sofort umzusetzen, sofern sie die Mehrleistungssatzung der Unfallkasse weiterhin nicht genehmigt.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, zu erklären, aus welchen Gründen „Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit“ für die Begründung der Ablehnung der Mehrleistungssatzung der Unfallkasse herangezogen wurden.

Herr Kruger informiert das Gremium, dass seitens des Kreisbrandinspektors mitgeteilt wurde, dass per Erlass des zuständigen Ministeriums das im Antrag formulierte Ziel erreicht wurde.

Der Antrag wird daher möglicherweise zurückgezogen.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss spricht keine Beschlussempfehlung aus.

zu 11 Einschlägige Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Keine.

zu 12 **Mitteilungen und Anfragen**

Mitteilungen:

Keine.

Anfragen:

- a) Herr Schröder fragt an, welche Arbeiten derzeit am Haus am Mühlengrund durchgeführt werden und ob in das Gebäude weiter investiert wird.
Herr Rotter führt aus, dass in das Gebäude nicht mehr weiter investiert werden soll und sagt Klärung und Sachstandsbericht für die nächste Betriebskommission zu.
- b) Herr Dr. Werner bedankt sich für die umfangreiche Beantwortung der FDP-Anfrage zum Zustand des Stadtwaldes und fragt an, ob im Hinblick auf die weiterhin bestehende Problemlage im Wald Waldrundgänge geplant sind und wann diese möglicherweise stattfinden.

Herr Kern informiert darüber, dass im Jahr 2020 der nächste Gemarkungsrundgang unter Einbeziehung des Stadtwaldes stattfinden wird und dass im Rahmen der Magistratsberatung zum Waldwirtschaftsplan 2020 im diesjährigen Herbst ein Waldrundgang geplant sei.

Es wird vereinbart, den Teilnehmerkreis des Waldrundganges im Herbst um ein bis zwei interessierte Mitglieder pro Fraktion zu erweitern und die dort erläuterte Thematik in einer der auf den Rundgang folgenden Ausschusssitzung vorzustellen.

Ende der Sitzung: 20:47 Uhr.

Für die Richtigkeit:



Hechler
Schriftführerin



Kruger
Ausschussvorsitzender

Für die Ausfertigung:



Schaffner